

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Presse. 1890-1944 1930**

517 (7.11.1930) Morgenausgabe

Morgen-Ausgabe.  
Bezugspreis: frei Haus monatlich 3,20 RM.  
Im Voraus im Verlag oder in den  
Poststellen abheftbar 3,- RM. Durch  
die Post bezogen monatlich 2,80 RM.  
Einzelpreise: Werktag-Nummer 10 Pf.,  
Sonntag-Nummer und Feiertags-  
nummer 15 Pf. — Im Fall höherer  
Gewalt, Streik, Ausperrung usw.  
bei der Post keine Ansprüche bei  
Verzögerung oder Nicht-Erreichen der  
Postung. — Abbestellungen können nur  
wenns bis zum 25. d. Mts. auf den  
Monats-Listen angenommen werden.  
Anzeigenpreise: Die Nonpareille-Zeile  
10 RM. Stellen, Geluche, Familien-  
und Gelegenheits-Anzeigen aus Baden  
ermäßigter Preis. — Die 10. Seite  
— RM. an erster Stelle 2,50 RM.  
Bei Wiederholung tarifreduzierter Rabat.  
bei Nicht-Einhalten des Preises, bei  
sonstiger Verletzung und bei Kon-  
flikten außer Kraft tritt. Erfüllung-  
ort und Gerichtsstand in Karlsruhe.

# Badische Presse

und  
**Neue Badische Presse Handels-Zeitung** Badische Landeszeitung  
Verbreitetste Zeitung Badens  
Karlsruhe, Freitag, den 7. November 1930.

46. Jahrgang. Nr. 517.  
Eigentum und Verlag von  
: : Ferdinand Ziebarren : :  
Chefredakteur: Stephan Curmbach.  
Pressekollegium verantwortlich: Für Politik  
und Wirtschaftspolitik: M. Böhm; für  
badische Politik und Nachrichten: A.  
Kimmig; f. Kommunalpolitik: G. Binder;  
für Lokales u. Sport: H. Bolzberger; für  
das Revue: Dr. G. Hauser; für Ober-  
u. Konzert: Chr. Gerste; für den Sonder-  
teil: F. Feld; für die Anzeigen: Ludwig  
Reinhold; alle in Karlsruhe (Baden).  
Berliner Redaktion: Dr. Kurt Meiser.  
Fernsprecher: 4050, 4051, 4052, 4053, 4054.  
Haupt-Geschäftsstelle: Kaiserstraße  
Nr. 80 a. — Postcheckkonto: Karls-  
ruhe Nr. 8350. — Beilagen: Volk und  
Geist / Literarische Umschau / Roman-  
Blatt / Sportblatt / Frauen-Zeitung /  
Reise- und Bäder-Zeitung / Landwirtschaft,  
Gartenbau / Karlsruher Vereins-Zeitung.

## Deutschland fordert Abrüstung.

Die Tagung des vorbereitenden Abrüstungsausschusses in Genf / Graf Bernstorff verlangt Klarheit.  
Eine Anklagerede Litwinows.

**II. Genf, 6. Nov.** Die 6. Tagung des vorbereitenden Abrüstungsausschusses des Völkerbundes ist heute hier eröffnet worden. Infolge der Anwesenheit der sowjetrussischen Volkskommissare sind diesmal außer gewöhnliche Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden. Der Zutritt zu den Sitzungen ist für das Publikum gänzlich gesperrt worden; die Zugänge zu den Sälen werden aufs schärfste kontrolliert.  
Die Zusammenkunft der 32 an den Ausschussverhandlungen teilnehmenden Abordnungen ist im großen und ganzen die gleiche wie bisher. Den Vorsitz führt der Pariser holländische Gesandte **Loudon**.  
In seiner Eröffnungsrede auf die Ergebnisse der Londoner Flottenkonferenz und der bisherigen Verhandlungen des Ausschusses weist er auf die Annahme des Abkommens über die finanzielle Hilfe für angegriffene Staaten hin. Er unterstreicht ferner den Beschluß der letzten Völkerbundsversammlung, in der auf die Notwendigkeit des Abschlusses der vorbereitenden Abrüstungsarbeiten hingewiesen wird, um dem Völkerbundsstatut die Möglichkeit zur Einberufung der Weltabrüstungskonferenz zu einem möglichst nahen Zeitpunkt zu geben. Der Präsident stellt hierbei ausdrücklich fest, ein bestimmter Zeitpunkt für die Einberufung der Konferenz sei nicht vereinbart worden.

Die Öffentlichkeit müsse sich endlich daran gewöhnen, nicht mehr von Abrüstung, sondern lediglich von Herabsetzung und Begrenzung der Rüstungen zu reden. Die allgemeine Abrüstung sei ein Ideal, das in der gegenwärtigen politischen und moralischen Weltlage nicht erreichbar sei.  
Der Ausschuss habe lediglich die Aufgabe, einen Abkommensentwurf auszuarbeiten, der dem allgemeinen Weltfrieden dienlich sei. Eine Herabsetzung der Rüstungen sei nur möglich, soweit dies die Belange der nationalen Sicherheit zulassen. Zum Schluß forderte der Präsident sämtliche Abordnungen dringend auf, unter Zurückstellung eigener Wünsche jeht an dem Entwurf der vorbereitenden Verhandlungen mitzuwirken, um die nächste Etappe der Herabsetzung der Rüstungen zu ermöglichen, der weitere Etappen folgen müßten.

**Graf Bernstorff**  
Für die deutsche Regierung eine Erklärung ab, in der er darauf hinweist, daß er bereits auf der letzten Tagung des Ausschusses im Jahre 1929 ausdrücklich die Verantwortung für die von ihm geleitete Arbeit des Ausschusses übernommen habe. Die bisherigen Ergebnisse der Ausschussverhandlungen berichtigten, so sagte Bernstorff, die wesentlichen Kategorien der Rüstungen nicht. Von entscheidender Bedeutung ist, daß die erste Etappe der Abrüstung eine wesentliche Herabsetzung aller Rüstungskategorien darstellt. Die deutsche Regierung dringe auf einen möglichst baldigen Abschluß der Ausschussverhandlungen, damit der Rat der Völkerbünde die allgemeine Abrüstungskonferenz zum 1. November 1931 einberufen kann. Nur auf diese Weise wird einseitig festgestellt werden können, ob eine Abrüstung zur Abrüstung vorhanden ist oder nicht. Der Ausschuss darf sich keiner Täuschung hingeben. Die öffentliche Meinung der Welt macht sich heute nicht die geringsten Illusionen mehr über die Ergebnisse der fünfjährigen Verhandlungen des Ausschusses. Obwohl die Möglichkeit bestand, unmittelbar nach der Londoner Flottenkonferenz zusammenzutreten, so habe sich doch der Ausschuss auf 18 Monate vertagt. Deutschland legt Wert darauf, daß sein Vorschlag über die uneingeschränkte Veröffentlichung des gegenwärtigen Rüstungsstandes aller Länder als Grundlage der kommenden Konferenzverhandlungen außerhalb des jetzt zur Verhandlung stehenden Abkommensentwurfs vom Ausschuss erörtert werden.

**Deutschland fordert Klarheit, ob man jetzt tatsächlich zum Abschluß der Arbeiten und zur Einberufung der Abrüstungskonferenz schreiten will.**  
Ein wesentlicher Teil der heutigen internationalen Schwierigkeiten liegt auf der Verhinderung der Abrüstungsfrage zurückzuführen. Deutschland verlangt daher, daß man so schnell wie möglich zu einer entscheidenden Abrüstung sämtlicher Rüstungen schreitet. Dann kam es zu einem Zwischenfall.

**Litwinow**  
Nach Bernstorff eine schriftliche Erklärung, die eine Anklagerede gegen die bisherige Haltung des Abrüstungsausschusses darstellte. Er wurde zwar dem Präsidenten mit der Bemerkung unterbrochen, daß allgemeine Erklärungen nicht zulässig seien, letzte jedoch unbeeinträchtigt die Verlesung des Schriftstückes in englischer Sprache fort. Als der Präsident darauf vorwarf, die gesamte internationale Presse zum Protest gegen dieses willkürliche Vorgehen des Präsidenten in den Konferenzsaal, die Presse zur Wiederaufnahme ihrer Arbeit zu bewegen, nachdem inzwischen die Erklärung Litwinows in französischer Sprache verbreitet worden war.  
Litwinow protestierte dagegen, daß die Londoner Flottenkonferenz als eine Lösung des Flottenproblems angesehen werde. Der Ausschuss sei als je. Der Ausschuss nehme in seiner Weise von den Völkerbunden bekundete tiefen Gegenstände. In Europa befänden sich Millionen in Stärke von 40 bis 50 Millionen Köpfen. Dieses ungeheure Minderheitenproblem bedeute gleichfalls eine schwere Gefahr. Die Weltärthaushalte der europäischen Großmächte seien in den letzten fünf Jahren um eine Milliarde Dollar erhöht worden. Der Abrüstungsausschuss müsse endlich die These der Sicherheit als Voraussetzung befreit werden. Die Moskauer Regierung habe bereits auf der letzten Tagung eine

sofortige 50 prozentige Herabsetzung aller Rüstungen beantragt. Sämtliche Vorschläge der Moskauer Regierung seien jedoch vom Ausschuss abgelehnt worden. Der Ausschuss habe bisher in keiner Weise eine wesentliche Herabsetzung der entscheidenden militärischen Rüstungskategorien vorgenommen. Die Sowjet-Abordnung beantrage daher, daß sofort zu einer Revision der bisher geschaffenen Bestimmungen des Abkommensentwurfs geschritten werde, und sie verlange, daß der Abrüstungsausschuss sich endlich auf den Boden der Erklärungen stelle, die die Staatsmänner Europas in der Abrüstungsfrage abgegeben hätten.  
Litwinow dankte dann dem Präsidenten für die durch das Verbot der Uebersetzung in die französische Sprache für seine Rede gemachte Klage.  
Graf Bernstorff erklärte, ihm sei es gleichgültig, auf welchem Wege die Abrüstung erzielt werde. Es komme nur auf das Ergebnis an.  
Nach längerer Aussprache beschloß der Ausschuss, daß bereits erledigte Anträge und Bestimmungen des Entwurfs neu behandelt werden könnten, wenn entsprechende neue Anträge eingereicht werden.

**Englische Vorschläge.**  
**II. Genf, 6. Nov.** Die englische Regierung hat heute im Abrüstungsausschuss einige bedeutungsvolle Abrüstungsvorschläge eingebracht, nach denen auch nach Abschluß des allgemeinen Abrüstungsabkommens eine Erhöhung der in dem Abkommen festgelegten Rüstungen möglich sein soll, wenn ein Staat sich in einem Zustand befindet oder wenn der Völkerbundsstatut zustimmt. Der keine Rüstungen erhaltende Staat soll jedoch sämtlichen an dem Abkommen beteiligten Mächten die Gründe hierfür bekanntgeben und seine Abrüstung nach Fortfall der Ursache wieder rückgängig machen.  
Nach einem weiteren englischen Antrag soll beim Völkerbund ein ständiger Abrüstungsausschuss eingesetzt werden

dem sämtliche das Abkommen unterzeichnenden Mächte angehören. Einmal im Jahre soll dieser ewige Abrüstungsausschuss dem Völkerbundsrat über die Durchführung des Abrüstungsabkommens berichten. Ferner soll jede das Abkommen unterzeichnende Macht das Recht haben, bei diesem Ausschuss Klage gegen einen anderen Staat zu erheben, wenn dieser zu neuen Aufrüstungen schreitet oder irgendwelche vorbereitenden Maßnahmen ergreift, welche die internationalen Beziehungen trüben könnten und in irgendeiner Weise als ein Bruch des Abkommens anzusehen seien.

## Die Ueberschwemmungen im Osten: Das Hochwasser im Odergebiet.

**Grossen unter Wasser.**  
**III. Frankfurt a. d. Oder, 6. Nov.** Die Scheitelhöhe des Hochwassers hat am Donnerstag Großen erreicht. In Schifferzig ist das Wasser im Laufe des Tages um drei Zentimeter auf 5,03 Meter gefallen. Durch den starken Rückfluß in das Flußgebiet der Odra ist bei Ditzich der Deich gebrochen, obwohl mehrere hundert Mann der Jülicher Reitergarde, viele freiwillige Feuerwehren, technische Nothilfe und alle arbeitsfähigen Männer aus den benachbarten Dörfern aufgeboten waren. Die Dörfer Groß- und Klein-Ditzich und Groß-Smölln mußten fluchtartig geräumt werden. Ein Teil des Viehes ist den Fluten zum Opfer gefallen. Großen steht unter Wasser. Nur der etwas höher gelegene Markt ist hochwasserfrei. Sowohl von der Odra als vom Bober her ist die Stadt vollkommen eingeschlossen. Im Großstratmer Finkenheerd ist unter Aufsicht aller Kräfte die Sicherung des Maschinenbetriebs durchgeführt. Der Damm, der sich am Mittwoch abend bei Göritz an der Stelle ereignete, wo der Damm schon 1926 zu brechen drohte, konnte geschlossen werden, jedoch Rüstern und auch die rechtsseitige Uferbefestigung vor schwerem Ansturm beharrt blieben. In Frankfurt ist das gesamte Industrieviertel am Uferhaken hoch überflutet. Die Verbindungsstraße nach Gaben ist vollkommen gesperrt und etwa 1 1/2 Meter hoch vom Wasser überpült. Das Elektrizitätswerk ist vom Wasser erreicht worden, doch sind Stromleitungen bisher nicht eingetreten.  
Aucher der Odra, die zwischen Belsen und Schwerin weite Flächen überschwemmt hat, ist nun auch die Warthe mit starkem Hochwasser überall über die Ufer getreten. Die Bewohner verschiedener Wartebrückdörfer mußten unter Mitnahme des Viehes ihre Anwesen im Stich lassen, um der Gefahr des Ertrinkens zu entgehen. Der gesamte Nehebruch gleich einem riesigen See, aus dem die einzelnen Gehöfte wie kleine Inseln herausragen. Die Verbindung mit der Außenwelt wird nur durch Röhre aufrecht erhalten.

## Schlägerei in der französischen Kammer.

**II. Paris, 6. November.** Die Wandelhalle der französischen Kammer war am Donnerstag nachmittags der Schauplatz einer großen Schlägerei zwischen dem Chefredakteur der nationalistischen Liberté Camille Aymard und einigen seiner Anhänger sowie einer großen Anzahl sozialistischer Journalisten und Abgeordneten. Als Camille Aymard in der Halle erschien, wurde er sofort von allen Seiten umringt und auf das heftigste beschimpft. Nach einigen Bemühungen gelang es der Ehrengarde, die feindlichen Parteien auf die Seite abzudrängen. Ministerpräsident Tardieu, der zu gleicher Zeit die Wandelhalle durchschritt, um den Sitzungsraum zu erreichen, betrachtete mit einem ironischen Lächeln den Vorgang, ohne sich jedoch weiter darum zu kümmern, ebenso der Kammerpräsident Buisson, der bekanntlich selbst der sozialistischen Partei angehört.  
Der heftige Wortwechsel, der inzwischen fortgesetzt wurde, artete schließlich zu Tätlichkeiten aus und der Chefredakteur der Liberté wurde durch die Fensterhebe einer der großen Türen,

dem sämtliche das Abkommen unterzeichnenden Mächte angehören. Einmal im Jahre soll dieser ewige Abrüstungsausschuss dem Völkerbundsrat über die Durchführung des Abrüstungsabkommens berichten. Ferner soll jede das Abkommen unterzeichnende Macht das Recht haben, bei diesem Ausschuss Klage gegen einen anderen Staat zu erheben, wenn dieser zu neuen Aufrüstungen schreitet oder irgendwelche vorbereitenden Maßnahmen ergreift, welche die internationalen Beziehungen trüben könnten und in irgendeiner Weise als ein Bruch des Abkommens anzusehen seien.

## Das Schicksal Ostafrikas.

**Protest gegen die britischen Einverleibungspläne.**  
\* Berlin, 6. Nov. (Zuspruch.) Der Arbeitsausschuss deutscher Verbände veröffentlicht einen Protest gegen die britischen Pläne auf Einverleibung des Mandatsgebietes Deutsch-Ostafrika, in dem es u. a. heißt:  
„Die beabsichtigte Veramehlung Deutsch-Ostafrikas mit den angrenzenden englischen Kolonien ist mit der Völkerbundssetzung unvereinbar. Sie würde den ersten Schritt zu einer widerrechtlich Einverleibung Deutsch-Ostafrikas in das britische Reich bedeuten. Es handelt sich dabei um ein Land von der doppelten Größe Deutschlands und von außerordentlich günstigen Entwicklungsmöglichkeiten. Gegen dieses Vorgehen muß in deutschen Volk von allen Seiten schärfster Protest erhoben werden. Protest gegen die Verletzung der wenigen Deutschland nach dem Verfall der Vertrag und als Mitglied des Völkerbundes zustehenden Rechte. Protest gegen die Verletzung des Mandatsystems in Bezug auf das größte afrikanische Mandatsgebiet. Protest gegen die dem Recht verletzten Annexion Deutsch-Ostafrikas durch England. Das deutsche Volk muß sich über alle Gegenstände hinweg in der Verteidigung seines Rechts und des Rechtes anderer überhaupt zu machtvoller, weithin sichtbarer Protest zusammenfinden.“

## Golddiskontbank und Verkehrssteuern vor dem Reichsrat.

\* Berlin, 6. Nov. (Zuspruch.) Der Reichsrat genehmigte in seiner öffentlichen Sitzung am Donnerstag den Gesetzentwurf über die deutsche Golddiskontbank, der den Betrieb der Bank den neuen Aufgaben entsprechend umgestaltet. Desgleichen wurde der Verordnung über eine Senkung der Verkehrssteuern zugestimmt. Sie sieht den Erlaß der Gesellschaftsteuer, der Grunderwerbsteuer und der Wertzuwachssteuer bei Verschmelzung und Umwandlung von Kapitalgesellschaften vor. Darüber hinaus wird der allgemeine Satz von 4 Prozent auf 2 Prozent und die Wertpapiersteuer grundsätzlich auf 1 Prozent ermäßigt. Die nächste Reichsratssitzung findet am 30. November statt.

## Das Arbeitsprogramm der Reichsratsausschüsse

\* Berlin, 6. Nov. (Zuspruch.) Die vereinigten Reichsratsausschüsse beendeten am Donnerstag unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Dietrich die erste Lesung des Gesetzentwurfs über die Einschränkung des Personalaufwandes in der öffentlichen Verwaltung. Alle Abänderungswünsche wurden bis zur zweiten Ausbesserung zurückgestellt. Man kam überein, alle Vorlagen zum Finanzplan in zwei Lesungen zu beraten.  
Am Freitag vormittag soll die erste Lesung des Gesetzentwurfs über die Ausgabenperre für die Haushalte der nächsten Jahre vorgenommen werden. Darauf soll die Beratung über den Gesetzentwurf zur Weitererhebung der Zuschläge zur Einkommensteuer, Ledigensteuer und Aufsichtsratssteuer folgen. Schließlich soll auch noch die Haushaltsberatung am Freitag begonnen werden.  
Für Samstag ist die Erörterung der Novelle zur Tabaksteuer in Aussicht genommen. Montag und Dienstag sollen interne Besprechungen über den Haushalt stattfinden. Am Mittwoch wollen die Ausschüsse alle mit dem Wohnungsbau zusammenhängenden Fragen beraten, nämlich das Bau-Finanzierungsprogramm und die Uebertragung der Wohnungsangelegenheit, ferner die Realsteuerentlastung. Die Reichsratsausschüsse hoffen am Mittwoch auch noch die zweite Lesung aller Vorlagen vornehmen zu können, die zum Finanzplan der Reichsregierung bisher vorliegen.



# Eisenbahnpolitik in Württemberg und Baden.

## Ist Württemberg von der Reichseisenbahn bevorzugt?

Von Dr. Graf-Frelburg.

Württemberg hat 1927 den sogenannten Nord-Süd-Vertrag mit der Reichseisenbahn geschlossen, durch den die Strecke Herbrunnen-Luttlingen-Haltlingen zweigleisig ausgebaut wird. Ferner wurde im Juli 1930 ein Vertrag zwischen Land Württemberg und der Reichsbahn geschlossen, durch den die Strecke Eßlingen-Stuttgart-Ludwigsburg elektrifiziert und gleichzeitig viergleisig ausgebaut wird. Durch denselben Vertrag wurde der zweigleisige Ausbau der Strecke Disingen-Leonberg zugesagt. Ferner wurde von der Stadt Stuttgart die Filberbahn, die Strecke Neubausen-Remfelsen für 1 Million von der Reichseisenbahn angekauft. Dies ist der Elektrifizierungsvertrag von 1930.

Durch den Nord-Südvertrag hat Württemberg allein ein Arbeitsbeschaffungsprogramm von 25 Millionen auf Strecke Herbrunnen-Luttlingen-Haltlingen bekommen. Der Elektrifizierungsvertrag stellt ein Objekt von 20 Millionen dar. Die letztere Strecke soll in 2-3 Jahren beendet sein und 3000 Arbeiter beschäftigen. Württemberg hat durch die beiden Verträge, dann durch den Ausbau des Bahnhofs Eßlingen, Herbrunnen und Luttlingen, für seine Arbeitslosen Arbeit vorgesorgt. Abgesehen von der Modernisierung der Strecken ist durch die Vertragsbestimmung, daß die Arbeiten und Lieferungen bevorzugt in Württemberg zu vergeben sind, auch die Möglichkeit für die württembergische Industrie gesorgt.

Der Vorschlag, den Württemberg dadurch bekommt, ist von Baden kaum einzuholen. Hier wirft sich nun die Frage auf, ob Württemberg gegenüber Baden von der Reichsbahn bevorzugt ist. Leider muß man hier annehmen, daß keine Bevorzugung vorliegt, sondern daß Württemberg, die Stadt Stuttgart und die Amtskörperschaften große Opfer gebracht haben. Ohne dies würde Württemberg heute noch nicht in der glücklichen Lage sein, Arbeit für Industrie und Erwerbslose bekommen zu haben.

Was den Nord-Südvertrag anbelangt, so haben sich z. B. an der Strecke Herbrunnen-Luttlingen die Amtskörperschaften Rottweil, Luttlingen, Eßlingen, Sulz u. Herbrunnen mit 3,1 Millionen durch unrentable Darlehen an die Reichsbahn beteiligt.

Bei dem erst kürzlich abgeschlossenen Elektrifizierungsvertrag hat das Land Württemberg für die Ausgaben der Reichsbahn mit 5,5 Millionen 8,5 Millionen übernommen. Hierunter tragen z. B. Stuttgart 60 000 Mark als Kaufpreis für die Filberbahn 1 Million, die Amtskörperschaft Eßlingen hat 40 000 Mark, die Amtskörperschaft Herbrunnen 20 Millionen Gesamtbautkosten Staat, Reichsbahn, Stadt Stuttgart und Amtskörperschaften auf.

Da der Betrag von 8,5 Millionen als zu 4 Prozent verzinsliches Darlehen gegeben und in 17 Jahren zurückzahlen ist, haben also die gesamten Körperschaften, da sie wohl 7 Prozent für das Geld bekommen haben, etwa 3 Prozent als Verlust für 17 Jahre sich genommen, dadurch aber erreicht, daß Württemberg nicht einen 15 Minuten-Verkehr auf seiner elektrischen Strecke Eßlingen-Stuttgart-Ludwigsburg bekommt, sondern auch der Elektrifizierung Ulm-Stuttgart vorgearbeitet wird. Eßlingen-Stuttgart ist das Kernstück der Ost-West-Linie.

### Was folgt daraus für Baden?

Baden wird eine Elektrifizierung seiner Hauptstrecke und Gebirgsbahnen nur erreichen, wenn das Land Baden und die württembergischen Städte mit Opfern der Bahn entgegenkommen. Gerade die Gebirgsbahnen wie Höllentalbahn und Schwarzwaldbahn sollten in erster Linie elektrifiziert werden, weil die Elektrifizierung gerade auf Gebirgsbahnen sich als wirtschaftlich erweisen hat.

Der badische Staat darf daher nicht mehr beiseite stehen und erklären, er habe für die Elektrifizierung kein Geld. Er muß, wie dies der württembergische Wirtschaftsminister getan hat, für die einzelnen Strecken sozusagen Zweigverbände gründen, die Initiative ergreifen und mit den in Betracht kommenden Gemeinden

## Hilfer spricht in Mannheim.

Mannheim, 6. Nov. Im überfüllten Nibelungenaal sprach am Mittwochabend der Führer der Nationalsozialisten, Adolf Hitler. Etwa 7-8000 Personen hielten den Saal besetzt. Nicht endenwollender Beifall begrüßte Hitler bei seinem Erscheinen. „Der Zusammenbruch“, so führte Hilfer aus, „war nur ein scheinbarer. Er war nicht die Folge des verlorenen Krieges, der schwer lastenden Verträge, sondern die Folge des Mangels an innerer Kraft. Die Kraft, die ein Volk besitzt, darf nicht zerstörend im Innern wirken, sondern muß nach außen hin in konzentrierter Form einwirken. Diese innere Kraft muß wieder dem Allgemeinwohl zur Verfügung gestellt werden, denn das Wiedererkommen des deutschen Volkes ist eine Frage der politischen Macht, nicht des Fleißes allein. Der Schlüssel zum Weltmarkt heißt Kraft. Im Kampf um den Weltmarkt wird nur der Stärkste siegen; hinter dem Kaufmann muß die Macht stehen.“

Der Redner kam dann auf die innere Spaltung in Deutschland zu sprechen. „Wären wir nicht durch Konfessionen zerrüttet gewesen, so wären wir nicht so spät zu der Verteilung der Welt gekommen. Wir hätten zuerst das Recht auf Weltgeltung gehabt. Wir brauchen daher einen dritten Gedanken, der die anderen beiden geistig besiegt und sie einigt. Wenn es nicht gelingt, diese „Plattform“ zu finden, dann ist das wirkliche Ende gekommen. Unüberwindlich sind die Begriffe Sozialismus und Nationalismus. Sozialismus muß den Nationalismus, der Nationalismus den Sozialismus ausschließen. Die Soldaten haben gekämpft nicht für die Partei, sondern für das Vaterland, und nur von dieser Seite kann das Problem gelöst werden. Der Weg ist schwer, aber ich gehe ihn. Das Persönliche muß zurückgestellt werden und jede Maßnahme gut, wenn sie nur der Gesamtheit dient. Der Nationalsozialismus kämpft nicht für eine Klasse, sondern für alle. Oft wird dies Idealismus genannt, aber dieser Idealismus ist der wahre Realismus und in diesem Idealismus münden Nationalismus und Sozialismus. Die Menschen dürfen nicht mehr nur ihren Beruf, ihren engen Kreis leben, sondern müssen an alle denken, Deutsche sein. Wir sind Brüder, die heute grün, morgen gelb sind; aber alle sind wir an demselben Stamm, der erhalten und gesund bleiben muß. Am Ende unseres Weges.“ So schloß Adolf Hitler, „steht nicht der Sieg der Partei, sondern der Sieg des Volkes.“

## Urteil gegen Mannheimer Nationalsozialisten.

Mannheim, 6. Nov. Vor der Großen Strafkammer des Landgerichts Mannheim fand die Berufungsverhandlung gegen vier Nationalsozialisten statt. Die sich an einem Ueberfall auf Reichsbannerleute vor der Sängerschule beteiligt hatten und vom Mannheimer Schöffengericht wegen gefährlicher Körperverletzung zu Gefängnisstrafen von sechs Wochen bis zu fünf Monaten verurteilt worden waren. Auch in der neuen Beweisaufnahme wurde festgestellt, daß der Ueberfall planmäßig vorbereitet war. Die Angeklagten behaupteten, an den Vorbereitungen unbeteiligt oder in Notwehr gewesen zu sein. Das Gericht kam nach längerer Verhandlung zur Verurteilung der Berufung.

## Widerstand gegen die Polizei.

Schlagerei in Mannheim.

Mannheim, 6. Nov. Am Dienstagabend gegen 8 Uhr entstand vor einer Wirtschaft zwischen einem 25 Jahre alten Tagelöhner, einem 30 Jahre alten Eisenarbeiter und einem bis jetzt noch unbekanntem Manne Streit, der zu Tätlichkeiten auszuarten drohte. Der eingreifenden Polizeistreife wurde sofort heftiger Widerstand entgegengebracht, wobei vom Gummitüppel und vom Polizeisäbel Gebrauch gemacht werden mußte. Durch den Vorfall entstand in den umliegenden Straßen eine Ansammlung von etwa 3-400 Personen, die zum Teil gegen die Beamten Stellung nahmen. Von dem von privater Seite alarmierten Notruf I und dem von der Streife herbeigerufenen Notruf II wurden die Straßen geäubert. Einer der Täter wurde an Ort und Stelle festgenommen, der zweite nachträglich ermittelt. Außerdem wurden zwei weitere Personen vorläufig festgenommen, weil sie der wiederholten Aufforderung, sich zu entfernen, keine Folge leisteten.

## Bestrafter Wegelagerer.

Bretten, 6. Nov. Auf der Landstraße von Knittlingen nach Bretten verarmelte ein Wegelagerer mit Holz die Straße, setzte sich im Dunkeln versteckt daneben und wartete die Dinge, die da kommen sollten. Der erste „Benzintank“, der mit seinem Wagen daherkam, hatte aber für den Burschen die richtige „Handhabe“, wobei dieser das Laufen verlernte und von dem Automann in Bretten bei der Polizei abgeliefert werden konnte.

## Unfall-Chronik.

Kehl, 6. Nov. (Arbeitsunfälle.) Beim Abladen von Stammholz in einem Sägewerk am Hafen fiel dem Arbeiter Heinrich Schneider aus Rheinböschheim ein schwerer Stamm darauf, setzte sich mit einem komplizierten Knöchelbruch ins Krankenhaus überführt werden mußte. — Infolge Kettenbruchs am Buldogg flohen dem bei Züblin beschäftigten Fahrer Emil Wegel aus Auenheim Kettenhülle mit solcher Wucht an die Beine und Füße, daß ihn das Sanitätsauto mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus verbringen mußte.

Kehl, 6. Nov. (Unbekannte Leiche gelandet.) Bei der Rheinbrücke zwischen Druenheim und Greftern wurde eine bis jetzt unbekannte Leiche gelandet, der Tote ist 1,70 Meter groß und etwa 50 bis 55 Jahre alt. Da die Leiche einen tiefen Stich in der Herzgegend hat, ist ein Mord nicht ausgeschlossen.

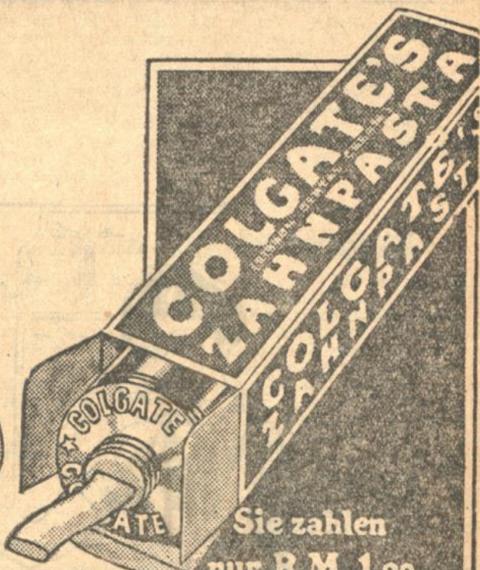
Uha (bei Schluchsee), 6. Nov. (Jugentgleisung.) Bei der Einfahrt des Personenzugs 1547 (ab Freiburg 7 Uhr) in den Bahnhof Uha (Dreieisenbahn) entgleiste am Donnerstag vor-mittag 9 Uhr die Lokomotive, der Gepäckwagen und ein Personenzug in der Einfahrtweiche. Verletzt wurde niemand. Der Sachschaden ist gering. Der Verkehr ab Miasgshütten-Jalsau wurde durch Umsteigen auf Kraftwagen aufrecht erhalten. Die Störung war um 18.30 Uhr behoben.

# Diese Zahnbürste

Regulärer

Einzelverkaufspreis R.M. 1.50

# GRATIS



### Die Bürste

Prüfen Sie diese Bürste, ihre Form, Größe und Borsten. Sie ist von geschickten deutschen Arbeitern hergestellt. Ihre Borsten sind schneeweiß und von bester deutscher Qualität. Jede Bürste wird in der Fabrik sorgfältig kontrolliert. Die Borsten sind besonders fest eingefügt.

Der reguläre Einzelverkaufs-Preis der Colgate-Zahn-Bürste beträgt R.M. 1,50. Heute haben Sie Gelegenheit, eine Colgate-Zahnbürste beim Einkauf einer Tube Colgate-Zahnpaste für R.M. 1.— GRATIS zu erhalten.

### Die Zahnpaste

Colgate-Zahnpaste wird in der ganzen Welt von Tausenden von Zahnärzten empfohlen. Ihr Zahnarzt wird Ihnen bestätigen, daß Fäulnisprozesse nicht an der glatten äußeren Oberfläche der Zähne beginnen, sondern in den verborgenen Spalten und Vertiefungen, wo sich Speisereste und Bakterien leicht festsetzen.

Nicht die Zahnbürste — sondern einzig und allein die Zahnpaste — kann diese Stellen reinigen und pflegen. Darum ist der beste Beweis für die Güte einer Zahnpaste ihre Fähigkeit, in diese kleinsten Spalten zu gelangen und sie gründlich zu reinigen. Wissenschaftliche Versuche haben ergeben, daß Colgate's Zahnpaste diese Fähigkeit im höchsten Maße besitzt. Der Schaum dieser Zahnpaste enthält ganz fein verteilte Schlemmkreide — ein Mittel, das von Zahnärzten empfohlen wird, weil es den Schmelz nicht angreift, sondern ihn behütet und pflegt.

Sie zahlen nur R.M. 1,00 für die Zahnpaste und bekommen die Zahnbürste im Werte von R.M. 1,50 GRATIS

### ACHTUNG!

Dieses Angebot ist eng umgrenzt. Die Lieferung dieser Zahnbürsten erfolgt nur an Geschäfte, die an der Durchführung unseres großzügigen Angebotes mitarbeiten.

Der Vorrat wird nicht lange reichen, nachdem diese Anzeige erschienen ist. Jeder wird den Vorteil des Angebotes sofort ausnützen. Viele werden mehrere Tuben kaufen wollen — zu jeder Tube wird eine Bürste zugegeben. Darum handeln Sie sofort. Warten Sie nicht bis morgen. Gehen Sie heute noch in ein Geschäft. Riskieren Sie nicht, keine mehr zu bekommen.

bei Einkauf einer Tube der neuen Colgate Zahnpaste zu 1<sup>00</sup> Mark

NUR FÜR BEGRENZTE ZEIT — KAUFEN SIE NOCH HEUTE

Jedes Fachgeschäft, das an den Vorteil seiner Kunden denkt, kann dieses Sonderangebot machen.



Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 7. November 1930.

„Do X“ und Darlanden.

Bitte nicht lachen! Mag zwar sein, daß Do X und Darlanden nicht mehr und nicht weniger miteinander zu tun haben, als daß sie eben vordem das „D“ gemeinlich haben, was aber immerhin zu einer niedlichen Alliteration hinreicht. Aber seit Mittwoch glaube ich doch an eine gewisse Sympathie des Do X für unser schönes Darlanden; und umgekehrt natürlich noch im verstärkten Maße. Da standen sie nämlich höchst begeistert beisammen, die ganzen Darlander Buben, die verschiedenen „Karle“, „Ditel“, „Seppel“, „Heimer“ usw. Denn der kleine Willi hat's im Radio erfahren, daß der „Do X“ schon Strazburg überflogen hat. Für die Darlander war's deshalb sonnenklar, daß wenn „Do X“ in Strazburg war, er auch nach Darlanden kommen muß. „Waiß Karle, d'r „Do X“ fliegt grad im Rhein nooch, un' so nah als wie Strazburg, so nah liegt Darland a am Rhein.“ „Wenisch! Des heißt doch net Do-iz, des heißt doch Do-zehn — oder net Dittel?“ „D du schämisch jo!“ „Zamoll, Do-zehn heißt's! — Des Flugzeug hat doch nit mit X-Zieh z' tu!“ „Seh' schell awer numme ab, Seppel — was waiß du dann du!“ „Awer mehder als du! — Du grummer Dinger!“ „Wenisch, ich werr's doch besser wisse! Mei' großer Bruder, der hat's doch scho' ghat in d'r Schull! Do mußer doch als rechle mit lo Zzer!“ „Ader Zzer! — Unser Vadder hat a gesagt, Do-zehn dät's haße!“ „D halt doch bei' Lapp! Ich dann vielleicht bei' Vadder in d'r Keul'schul gweßt?“ „So gut wie deiner! — Nach de' jo net so arig graudich, sonisch muß-e' d'r e' Härle winke!“ „Seh' hattet doch emol euer dumme Gofch, ihr Sempel — sonisch heere m'r's jo gar net, wann d'r Do-iz kommt!“ „Do-zehn heißt's doch!“ „Wenisch, d'r zieg de' so, sonisch — — —“ „Alweil l'ommt'!“ „Wer denn — wo denn?“ „Dori driwwe, du Laidsche! Sieh'schen dann net d'r Do-zehn?“ „Hurra, hurraa — d'r Do-iz!“ „I hab's jo gwisht, daher uff Darland kommt — — hooch — hoo — hoo — ooo — Do... D...!“ Und plötzlich ist sie wieder eingewesen, die Darlander Jugend. Sie haben den großen Augenblick gefühlt, da Deutschlands neuester Sieg, der gewaltige Luftziele ausgerechnet ihr liebes Darlanden beehrt hat. „In d'r Stadt drinn fenneise in de' Mond gugg, d'Haaptsack ich daß mir-en gieh' henn, de' Do...“ Zu Hause haben sie's dann erzählt, was sie erlebt haben. Der eine hat den Do-zehn gesehen, und der andere — weil kein großer Bruder in die Keul'schule gehi — den Do-iz. Und für uns Zentralkarlsruher ist das neueste Flugwunder selber noch immer eine unbekannte Größe — und deshalb für uns eben auf alle Fälle der „Do-iz“!

Regierungsrat Friedrich Bauer 7. Regierungsrat Friedrich Bauer, Vorstand der Abteilung III des Bezirksamts Karlsruhe, ist Donnerstag nachmittag bei einem Dienstgeschäft in Liedolsheim (Rheinshau) einem Herzschlag erlegen. Bauer gehörte dem Bezirksamt Karlsruhe seit Ende 1928 an; auch war er rechtskundiges Mitglied des ärztlichen Ehrengerichts Karlsruhe. Vorher war Regierungsrat Bauer Landrat im Amtsbezirk Pfullendorf. Er war 1876 in Frankfurt geboren, wo sein Vater Superintendent war. Er hinterläßt eine Witwe und 4 unversorgte Kinder. Der so früh in Trauer versetzten Familie wendet sich die allgemeine Teilnahme zu.

Beisetzung. Unter großer Teilnahme wurde am Donnerstag der anfangs Unfalles verstorbenen Waffenschmied Johann Sprauer beigesetzt. Wie schon gemeldet, erhielt Sprauer in seiner Werkstätte am Sonntag einen Bauchschuß, dem der betagte Mann bald darauf erlegen ist.

Vom Karlsruher Wochen-Großmarkt. Kartoffeln gab es auf dem Wochen-Großmarkt genügend; die Nachfrage hätte besser sein können. Auf dem Gemüsemarkt war, wie meist in den letzten Wochen, besonders viel Weißtraut angefahren; dann gabs noch viel Rosenkohl, Rottraut, Wirsing, Spinat, in geringeren Mengen Blumenkohl, Karotten, gelbe Rüben und Schwarzwurzel. Bis auf Schwarzwurzel war alles einheimisches Produkt. Besonders begehrt war Blumenkohl und Weißtraut. Kopfsalat war nur in geringeren Mengen angefahren, dagegen Endivienalat erheblich mehr. Die Nachfrage nach Salat war mittelmäßig. Sehr gering war sie nach Meerrettich, von dem auch nur ein kleiner Vorrat da war. Auf dem Obstmarkt herrschten Tafeläpfel und Trauben vor; dann gabs noch viel Nüsse und etwas weniger Korbäpfel, Spalter, Tafel- und Korbäpfel und Tomaten. Die Nachfrage nach Obst hielt sich in mittelmäßigen Grenzen; am wenigsten Interesse fanden Korbäpfel, Tomaten und Nüsse. Orangen waren gar nicht vorhanden, dagegen Bananen, die aber nicht allzu begehrt waren. — Das Ausland war vertreten, und zwar Holland mit Schwarzwurzel — Italien mit Zitronen — Spanien mit Trauben — Oesterreich, namentlich Steiermark, mit Tafeläpfeln und Äpfeln mit Trauben — ferner Südbanien, Serbien und Litauen mit Tafeläpfeln — Bulgarien und Rumänien mit Nüssen und endlich Westindien mit Bananen. Kaffe Bauer: Im heutigen Gütermarkt hielt Josef Schwara eine Preisvergleichung von Weinbergen. Die Jagd. Abends ist Spezzien- und Schlagschiff mit neuem Programm. Gold Odeon. Die Danstabelle Franz Dolac gibt heute Freitag in ihrer neuen, vorläufigen Form und Langobesetzung ihren ersten Abend besserer Musik. Die Kabelle verläßt nun inselnd aber in Anstrumente. Siehe auch die Anzeige.

Auszug aus den Ständebüchern Karlsruhe. Sterbefälle. 3. November: Johannes Sprauer, 71 Jahre alt. Hermann Mecklinger, 1. November: Katharina Wäner, 65 Jahre alt. Ehefrau von Eno Wäner, Wänter; Anton Wänter, 10 Jahre alt. Heiter alt. Verlebenerungsbeamter: Gerda Wänter, 10 Jahre alt. Heinrich Graniel, Kaufmann, 5. November: Margarete Stodt, 65 Jahre alt. Witwe von Georg Stodt. Wänter: Dina Wänter, 47 Jahre alt. Ehefrau von Karl Wänter, Schlichter.

Die Albtalbahn.

Alle und neue Vorschläge.

Die Anregungen zum Bau einer Bahn von Karlsruhe nach Herrnsbach gehen bis in die 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts zurück. Bürgermeister Thiebaud in Ettlingen fand damals wenig Unterstützung in und um Ettlingen herum für sein Projekt. Die Ettlinger Wirtse befürchteten, das Karlsruher Publikum würde dann an Ettlingen vorbeifahren, und der damalige Generaldirektor eines Ettlinger Wertes soll in Befürchtung von Lokveränderungen durch die Bahn sich geäußert haben, „ich lasse mir doch die eigene Nase nicht aus dem Gesicht schneiden.“ So blieb das Projekt zumeist nur noch Erinnerung, und eine nachhaltige Belebung erfuhr es erst durch Diplomingenieur von Babo, der gegen Anfang der 80er Jahre auf Gemarung Egenrot im Albtal eine Säge- und Muttensfabrik (jetzige Spinn- und Weberei Neudorf) errichtete und dadurch an dem Bau einer Albtalbahn sehr interessiert war. Durch Zufall machte dieser Herr auf einer Reise von Berlin nach Hamburg im Eisenbahnwagen die Bekanntschaft eines Herrn aus Steint: Geheimrat Lenz, des Erbauers der meisten Schmalspurbahnen in unseren früheren afrikanischen Kolonien, der sich lebhaft für das ihm von Herrn v. Babo unterbreitete Projekt interessierte. Eine weitere Unterstützung erfuhr dieses, als von Herrnsbach aus Oberbürgermeister Schneyers Aufmerksamkeit auf diesen Gegenstand gelenkt wurde, sodas schließlich mit gütlicher Staatsunterstützung die Bahn unter der Firma Lenz u. Co. zustande kam, leider in sehr verfallener Verfassung. Hätten doch die Städte Karlsruhe oder Ettlingen die Sache in die Hand genommen und eine Normalspur (vielleicht mit Einlage einer dritten Schiene für den Personenverkehr) von Karlsruhe nach Herrnsbach gebaut (der kürzere, aber rentable Teil) und die angehängte Linie Bienenbach-Brüdingen (der längere, aber unrentable Teil) den Vorheimern Herren überlassen, deren ganzes Interesse für diesen Anhang sich nur auf die Arbeiterstraße Herrnsbach-Brüdingen beschränkte, so wäre aus der Albtalbahn nicht das Sorgenkind von heute geworden, und die z. T. noch brach liegenden Bahnräume der Alb hätten, an eine Normalspur herangerückt, vielleicht längst ihre Erzielung gefunden. Wegen des Vorortverkehrs mit Ruppurr, der heute viel Staub aufwirbelt, wurde in der „Badischen Landeszeitung“ vom 27. Nov. 1913 unter „Stimmen aus dem Publikum“ folgendes veröffentlicht: Die zukünftige Lage des Albtalbahnhofes hat immer noch nicht ihre definitive Erzielung gefunden. Die Gegner der Fortsetzung über den neuen Bahnhof hinaus lagen sich, eine denartige Schmalspurbahn darf einen neuen, in der Bildung begriffenen eleganten Stadtteil nicht in ihrem gemischten Betrieb (teils mit Dampf, teils mit Elektrizität) belästigen. Wenn andere Städte, wie z. B. Mannheim, die jüngst eröffnete Nebenbahn Dürkheim-Mannheim nicht an der Peripherie, sondern in der Stadt enden läßt, so hat sich die Stadtverwaltung

doch wohl gehütet, die Bahn durch ihre neuesten Anlagen und Ringstrassen zu führen, und dies würde für Karlsruhe tatsächlich zutreffen; ein Moment, welches wohl die erste Betrachtung verdien, bevor es zu spät ist. Falls die Stadt Karlsruhe den Gedanken ernstlich erwägen wollte, ihren Straßenbahnverkehr bis in den Stadtteil Ruppurr auszudehnen — und dies wird sich mit der Zeit wohl nicht umgehen lassen —, so könnte vielleicht hier ein zufriedenstellendes Abkommen mit der Albtalbahn gefunden werden. Die jetzt genehmigte Trambahnlinie durch die Ruppurrstraße würde entlang der Durlacher Stadtwaldgrenze bis kurz vor Ruppurr verlängert — Einmündung in die bestehende Albtal- linie zwischen Kennwiesen und Wirtschaft z. Rupp. „Schlöße“ — also kurze, neu zu erstellende Linie —, und dann könnten, eine praktische Verständigung mit der Albtalbahn vorausgesetzt, sämtliche Züge der letzteren diese neue Linie benützen und etwa am Winterdenkmal enden. Hier wäre in der ganzen Front des alten Hauptbahnhofes gewiß ein Plätzchen für ein kleines Gebäude der Albtalbahn vorhanden. Keine Straße eignet sich für diese Linienführung besser wie die breite Ruppurrstraße. Damit wären alle Streitigkeiten wegen Straßenzugängen, Verunreinigung des Beiertheimer Waldes usw. erledigt. Zwei Tage nach dieser Veröffentlichung kam ein Bericht in derselben Zeitung über eine Versammlung im Restaurant Grünwald von Interessenten am alten Hauptbahnhof in der Frage der Verlegung des Albtalbahnhofes: Durchführung der Albtalbahn bis zum Endpunkt: alter Bahnhof. Hierbei nahm Buchhändler Borsch als Vortr., indem er seine Vebereinstimmung mit den in der Landeszeitung veröffentlichten Vorschlägen bekannte. Ebenso befuhrworteten Kaufmann Paar und Betriebsassistent Keller, sowie weitere Redner die Führung der Albtalbahn durch die Ruppurrstraße, und Stadt. Köhlig, als Gegner dieses Projektes, wurde von mehreren nachfolgenden Rednern widerprochen, sodas schließlich einstimmige Genehmigung für den Endpunkt „alter Bahnhof“ erfolgte. Trotzdem hat der vorerwähnte Vorschlag keine Genehmigung gefunden und ist nicht zur Ausführung gekommen. Doch könnte das Projekt, wenn die Bewohner Ruppurrs so großen Wert darauf legen, in das Innere der Stadt zu kommen, heute erneut auf die Tagesordnung gesetzt werden. Wenn der Verfasser der in der „Bad. Presse“ erschienenen Vorortverkehrsfragen recht hat, daß sich eine unrentable Bahn auch mit vorübergehenden Zuschüssen auf die Dauer doch nicht halten läßt, so muß die Stadtverwaltung schließlich einmal ein Machtwort sprechen, da der Vorort Ruppurr sowohl wie das ganze Albtal so eng mit Karlsruhe verbunden sind, daß der unumgänglich notwendige Verkehr keine weitere Einschränkung erfahren darf, ohne das Ganze zu schädigen. R. K.

Die Kraftfahrer-Sternfahrt nach Karlsruhe

Die Sternfahrt anlässlich der Landung des Luftschiffs „Graf Zeppelin“ in der Badischen Landeshauptstadt zum 9. November, ausgeführt von der Karlsruher Motorfahrer-Verein (DMV) dürfte sich nach den bis jetzt eingegangenen Meldungen aus allen Teilen des Landes, der Pfalz und Württemberg



zu einer machtvollen Kundgebung gestalten. Man rechnet mit dem Eintreffen von etwa 1000 Automobil- und Motorradfahrern, zumal schon verschiedene auswärtige Clubs ihr geschlossenes Erscheinen angekündigt haben. Jeder Sternfahrer erhält eine wertvolle künstlerische (hier abgebildete) Erinnerungsplakette und für den Eintritt zum Flugplatz selbst Vorzugskarten. Die sämtlichen Einfahrtstraßen nach Karlsruhe erhalten zum Zielplatz, Blücherstraße, deutliche Peilmarkierungen, sodas sich auch ortsfremde Kraftfahrer sofort zurechtfinden.

Vorfahrungen der Reichsbahn anlässlich der Zeppelinslandung in Karlsruhe. Mit Rücksicht auf den zu erwartenden kärteren Verkehr anlässlich der Zeppelinslandung in Karlsruhe am Sonntag, den 9. November, hat die Reichsbahndirektion Karlsruhe in größerem Umfange Verstärkungen der Züge, sowie bei Bedarf Doppel- fahrten der Züge vorgezogen. Es darf so damit gerechnet werden, daß trotz des starken Verkehrs allen an die Reichsbahn gestellten Anforderungen wird entsprochen werden.

Tanzabend Waldtraut Schwab.

Der Tanzabend Waldtraut Schwab eröffnete am Dienstag abend im vollbesetzten Künstlerhausalle den Reigen der diesjährigen Veranstaltungen der Karlsruher Tanzschulen. Waldtraut Schwab, eine Schülerin von Mary Wigman, betritt in der Hauptsache das Programm des Abends selbst. Man bewunderte die Vielseitigkeit der Ausdrucksweise der jungen Künstlerin, die in ihrer Darbietung überzeugend, erschöpfend und eindringlich ist. Ihr Körper ist Ebenmaß und in seiner Tätigkeit vollkommener Einklang in Rollen und Sollen. Sie bewies in ihren vielseitigen Tanzdarbietungen hochwertiges künstlerisches Können, das die zahlreichen Besucher dieses Tanzabends in ihren Bann zog. Nicht flott wurde von ihr der Marsch von Tral getanzt. Besonders originell waren die beiden Tänze des Russen Prototjeff „Stimme“ und „Spielend“. In dem tomischen Spaziergang aus „Dreigroschenoper“ bewies Fräulein Schwab die mit diesem Tanzabend zum ersten Mal vor die Öffentlichkeit trat, viel Temperament und Klasse. Die Valentanzgruppe (Anni Fehrer, Ella Fischer, Sonja Fischer, Herta Hipp, Emmi Martin) ließ mit ihren Darbietungen erkennen, daß sie in Fräulein Waldtraut Schwab eine ausgezeichnete Lehrerin besitzt, die mit dem starken Erfolg ihres ersten Tanzabends sehr zufrieden sein kann. Am Flügel war Herr Hans Ebbede ein sehr geschickter Begleiter.

Aus dem Karlsruher Gerichtsamt.

§ Karlsruhe, 6. Nov. Der bereits mehrfach wegen Diebstahls verurteilte 39 Jahre alte Friseur Hermann Kederer aus Sengen a. S., hatte sich in der Donnerstag-Sitzung des Schöffengerichts wegen mehrfachen Diebstahls zu verantworten. Im Laufe des Jahres hatte er in verschiedenen hiesigen Straßen, sowie in Griesheim einen Fahrrad entwendet, außerdem war er in Sengen heimlich in eine Wohnung eingedrungen und aus einem verschlossenen Kleiderschrank einen Geldbetrag in Höhe von 170 Mark mitgenommen. Der Angeklagte leugnete die ihm zur Last gelegten Straftaten ganz entschieden, seine Angaben, er habe die Räder von einem Unbekannten gekauft, konnten jedoch durch die umfangreiche Beweisaufnahme widerlegt werden. Das Gericht bezog zwei gegen den Angeklagten vor einigen Wochen verhängte Strafen in die heutige Strafe ein und sprach eine Gesamt-Gefängnisstrafe von einem Jahr und sieben Monaten, worauf 5 1/2 Monate Untersuchungshaft angerechnet werden, aus.

Amol schmerzlindernd und belebend bei Rheuma, Gicht, Kopf-, Nerven- und Ermüdungs-schmerzen, Ermüdung u. Stropazen. In Apotheken und Drogerien.

Statt besonderer Anzeige. TODES-ANZEIGE. Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, daß mein lieber, herzenguter Mann, unser innigst geliebter, treuversorgter Vater, Großvater, Schwiegervater, Bruder, Schwager und Onkel Theodor Schrempp Faktor a. D. heute vormittag 7 1/2 Uhr im Alter von nahezu 70 Jahren, wohl- bereitet, sanft im Herrn verschieden ist. Karlsruhe, den 6. November 1930. Adlerstraße 42. In tiefer Trauer: Josefina Schrempp, geb. Allmendinger Anna Korn, geb. Schrempp Alfred Korn, Gerichtsverwalter i. e. R. und Eukelkinder Emil und Anneliese. Die Beerdigung findet am Samstag, 8. Nov., nachmittags 3 Uhr, von der Friedhofskapelle aus statt. Seelenamt: Donnerstag, den 13. Nov., 9 1/2 Uhr, in St. Stephan.

Todes-Anzeige. Heute morgen halb 3 Uhr verschied nach schwerem Leiden, wohl vorbereitet mit den heiligen Sakramenten, mein lieber Gatte, unser guter, treu- besorgter Vater, Adolf Scherer Schreinermeister unerwartet rasch, im Alter von 51 Jahren. Gaggenau, den 6. November 1930. In tiefer Trauer: Frau Luise Scherer, geb. Riedinger, August Scherer, Amelie Scherer, Emil Scherer. Die Beerdigung findet am Samstag, den 8. No- vember 1930, nachmittags 3 Uhr, von der Friedhof- kapelle in Gaggenau aus statt.

Aufgesprungene rissige Haut, Pickel, Mitesser unreinen Teint beseitigen und verhindern HERBA-SEIFE und HERBA-CREME Zu haben in Apotheken, Drogerien und Parfümerien. Herba-Seife RM -65, 30%o verstärkt RM 1.- Herba-Creme in Tuben fetthaltig, fettfrei RM -.60, RM -.85. In Dosen fetthaltig RM -.60. Druckerarbeiten Zuckerkrankte werden reich u. preis- wert anocertigt in der Druck- u. Thiergarten (Badische Presse). Fragen Sie Ihren Arzt über A. Siggers Antidiabeticum und verlangen Sie kosten- los diesbezügliche hochinteressante Schrit- ten durch Fr. Löw, Waldorf F 21 (Hessen).





